

## Originalstellungnahmen | Hammerbrook15 (Hammerbrook 15 - Bürostandort Spaldingstraße / Albertstraße) | Bauleitplanung Online

Eingangsnummer: <b>Nr.: 1005</b>	<b>Details</b>
eingereicht am: 06.05.2022	Verfahren: k.A. Verfahrensschritt: Grobabstimmung / Frühzeitige Beteiligung TöB Institution: BUKEA-Wasser, Abwasser und Geologie Abteilung: W1/2 - Wasserwirtschaft und Abwasserwirtschaft Eingereicht von (Vor- u. Zuname): <span style="background-color: black; color: black;">[REDACTED]</span> Im öffentlichen Bere- Nein ich anzeigen: Planunterlage: Gesamtstellungnahme

### Stellungnahme

BUKEA/W1 nimmt wie folgt Stellung:

Hamburg verfolgt den Weg einer innovativen RegenInfraStrukturAnpassung (RISA) und wassersensiblen Stadtentwicklung. Hierdurch wird auch das übergeordnete Ziel der Klimafolgenanpassung adressiert. Anfallendes Regenwasser soll zukünftig nur noch im Ausnahmefall in die öffentlichen Siele und Gewässer abgeleitet werden. Stattdessen soll im Sinne eines naturnahen Wasserhaushalts eine ortsnahe und dezentrale Bewirtschaftung des Niederschlagswassers realisiert werden.

Für die gesicherte Erschließung der Bauleitplanung ist es daher unabdingbar, ein Entwässerungs- und Regenwasserbewirtschaftungskonzept zu erstellen, welches Aussagen zum vorgesehenen Umgang mit dem anfallenden Regenwasser trifft.


Anfallendes Niederschlagswasser ist demnach im Plangebiet vorrangig zu versickern und zu verdunsten (bspw. durch Dachbegrünungen und Mulden), zu speichern und zu nutzen (bspw. zur Bewässerung von Grünbereichen in Trockenphasen).

Vor diesem Hintergrund ist zu prüfen, inwiefern im Plangebiet eine Versickerung möglich bzw. genehmigungsfähig ist. Hierfür sind entsprechende Baugrunduntersuchungen durchzuführen. Falls sich herausstellt, dass der Untergrund für eine Versickerung ungeeignet ist, ist das Niederschlagswasser auf dem Grundstück zurückzuhalten, wenn möglich zu nutzen und zwingend gedrosselt in das öffentliche Siel oder Oberflächengewässer abzuleiten. Die zuständige Wasserbehörde (bzw. Hamburg Wasser) legt hierfür die zulässige Einleitmenge fest.

Anlagen zur Oberflächenentwässerung sind offen und naturnah zu gestalten. Es ist auch zu prüfen, ob das Niederschlagswasser vor der Einleitung in ein Gewässer (hierzu zählt auch das Grundwasser) gemäß § 57 Abs. 1 WHG nach dem Stand der Technik zu reinigen ist. Die Reinigung hat z.B. über die belebte Bodenzone über Mulden zu erfolgen. Hierfür sind entsprechende Flächen auf den jeweiligen Grundstücken vorzusehen.

Sollten Umplanungen zu den im Plangebiet liegenden Straßen geplant sein, ist hier das Wissens-

dokument „Hinweise für eine wassersensible Straßenraumgestaltung“ zu beachten.

Stellungnahme BUKEA/W1 (Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers, Ansprechpartner: )

Die Versickerung von Niederschlagswasser im Plangebiet ist nach der Versickerungspotentialkarte größtenteils als wahrscheinlich (2 - 5 m) einzustufen. Ein Blick in die öffentlich einsehbaren Bohrdaten im FHH-Portalergibt aber ein diffiziles Bild der Untergrundverhältnisse.

Diese werden maßgeblich durch mehrere Meter mächtige künstliche Auffüllungen dominiert. Darunter stehen meist direkt geringdurchlässige Bodenschichten (Schluff, Torf, Klei, Geschiebelehm und -mergel) an, auf denen sich entsprechend Stauwasser bilden kann, und teilweise auch von Sanden überlagert sein können. Das Grundwasser kann hier gespannt anstehen.

Außerdem wird das Plangebiet im nord-westlichen Bereich durch einen Grundwasserschaden unterlagert. Hier liegt auch eine altlastverdächtige Fläche.


Insgesamt liegen im Plangebiet daher keine versickerungsfähigen Verhältnisse vor. Im Fokus des zu erstellenden Entwässerungskonzepts muss daher eine offene Rückhaltung des anfallenden Niederschlagswassers stehen. Es wird im Zuge der Erstellung um Beachtung von RISA und Beteiligung der BUKEA/W1 gebeten.

Hierbei ist u.a. auch zu prüfen, wie eine Regenwassernutzung etwa für die Bewässerung von Grünflächen und Bäumen sich in die weitere Planung integrieren lässt (z.B. Installation von Regenwasserzisternen). Auch eine Nutzung von Grauwasser für Toilettenspülung oder andere sanitäre Nutzungen sollte ebenfalls Berücksichtigung finden. Im Fokus der Regen- und Grauwassernutzung steht dabei der nachhaltige Umgang mit der Ressource Wasser und damit eine Schonung der Trinkwasser-/ Grundwasserressourcen.

Darüber hinaus sind Maßnahmen in die weiteren Planungen zu integrieren, die eine Minderung des Regenwetterabflusses bewirken (bspw. die Nutzung von verdunstungsfördernden Materialien auf Gehwegen, Terrassen und anderen befestigten Flächen, von denen sauberes Niederschlagswasser abfließt). Beispielhaft ist hier die nachstehende Festsetzung zu nennen:

*„Auf den privaten Grundstücksflächen sind Geh- und Fahrwege sowie Feuerwehrezufahrten und -aufstellflächen in wasser- und luftdurchlässigem Aufbau herzustellen.“*

Die Grundwasserflurabstände im Plangebiet variieren recht stark und sind mit 5,0 - 15,0 m unter Gelände anzugeben. Stauwasser kann, wie obig bereits erwähnt, auch oberflächennäher anstehen. Hinsichtlich der Planung von Tiefbauten (z.B. der Tiefgaragen) ist generell zu prüfen, ob diese in einem direkten Kontakt zum Grundwasser stehen werden – hierzu zählt auch Stauwasser, das sich in kleinräumigen Bereichen schwerwasserdurchlässiger Untergrundverhältnisse niederschlagsbedingt ausbilden kann. Tiefbauten sollten in diesen Bereichen wassergedichtet ausgeführt werden (z.B. weiße Wanne). Dieses ist in die Begründung mit aufzunehmen.

Außerdem befindet sich im Plangebiet eine Grundwassermessstelle der FHH (Nr. 7931), die zum Gewässerkundlichen Messnetz gehört und nach Möglichkeit erhalten bleiben sollte (s. Lageplan). Sollte ein Rückbau erforderlich werden, ist das nachstehend verlinkte Merkblatt Nr. 8 „Sanierung und Rückbau von Grundwassermessstellen“ zu beachten und das weitere Vorgehen mit der FHH abzustimmen (Ansprechpartner:  BUKEA/W1).